
Umwelt

1. Die angekündigte Unionsstrategie für eine nichttoxische Umwelt wird dringend benötigt. Ein umfassender und konkreter Aktionsrahmen gegen hormonell schädliche Stoffe ist notwendig, um gefährdete Gruppen wie Kinder besser zu schützen. Umweltschonende, nachhaltige Alternativen sind intensiv zu fördern.

Wir teilen diese Forderungen. Hormonell schädliche Stoffe finden sich in zu vielen Produkten unseres täglichen Ge- und Verbrauchs. Davor müssen insbesondere sensible Personengruppen wie Kinder und Schwangere geschützt werden. Vorrangig muss der Einsatz solcher Stoffe vermieden werden. An Stellen, an denen das nicht möglich ist, müssen unschädliche Alternativen eingesetzt werden.

2. Hochgefährliche Pestizide (HHPs), welche in Europa nicht genehmigt oder sogar verboten sind, werden in Drittstaaten, insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländer exportiert. Das muss gestoppt werden. Mit einer entsprechenden EU-weiten Regelung kann die EU einen wichtigen Beitrag leisten, das Leid von Millionen von Menschen zu beenden.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten dürfen ihre Politik nicht weiter auf dem Rücken von schwächeren Drittstaaten machen, wie das z.B. im Bereich des Exports von hochgefährlichen Pestiziden passiert. Die EU muss hier Regelungen erlassen, um einen Handel innerhalb von verantwortungsvoll gesetzten Leitplanken zu ermöglichen.

3. Die negativen Auswirkungen von Bioziden, die auch Bestandteil vieler Produkte und Materialien sind, müssen mehr Beachtung finden. Wir fordern hier mehr Transparenz bei der Vermarktung, der Verwendung, hinsichtlich der Umweltauswirkungen sowie einen rechtlichen Rahmen für eine risiko- und mengenreduzierte Verwendung.

Bei Bioziden muss das Augenmerk der EU stärker auf eine konsequente Umsetzung des Vorsorgeprinzips liegen. Entsprechend fordern auch wir mehr Transparenz und klare rechtliche Vorgaben für eine risiko- und mengenreduzierte Verwendung.

Landwirtschaft

1. Die ökologische Landwirtschaft ohne Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide und Kunstdünger muss weiter gestärkt werden. So schaffen wir es, CO₂ dauerhaft zu binden und die pflanzliche Vielfalt als Grundlage zur Tiervielfalt zu sichern.

Agrarzahlungen sollen für gesellschaftliche Leistungen geleistet werden. GAP-Gelder sollen künftig nur noch an landwirtschaftliche Betriebe gehen, die in den Bereichen des Umwelt-, Natur-, Klima- und Tierschutzes nachweislich gesellschaftliche Leistungen erbringen. Gerade beim Tierschutz besteht auf EU-Ebene eine deutliche politische Leerstelle.

2. Mehr Fördergelder und angemessene Anfangsinvestitionen für kontrolliert ökologische Landwirtschaft, Waldwirtschaft und Tierhaltung sind erforderlich –und umsetzbar.

Auch wir fordern mehr Geld für den ökologischen Landbau und eine eigene Finanzierung für mehr Naturschutz. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag einen Naturschutzfonds versprochen und

macht bisher keinen Finger dafür krumm. Wir bestehen darauf: 15 Milliarden Euro pro Jahr müssen bereitgestellt werden, um Naturschutzmaßnahmen einkommenswirksam zu honorieren.

3. Die Haltungssysteme unserer Nutztiere sind nicht nachhaltig. Statt krankmachender Höchstleistung fordern wir eine artgerechte Züchtung und Tierhaltung. Dazu gehört, insbesondere in die Vorsorge der Nutztiere zu investieren, um den nachgewiesenen Arzneimittelrückständen und Antibiotika-Resistenzen entgegen zu wirken. Das Europäische Parlament ist aufgerufen, Anforderungen nachzubessern und verbindlichere Maßnahmen festzulegen, wenn die Verordnung und Strategie zu (Tier-) Arzneimitteln weiter umgesetzt werden.

Besseres Landwirtschaften muss sich lohnen. Bisher bekommen Bäuer*innen, die umwelt- und tierverträglicher arbeiten, dafür lediglich einen Ausgleich. Wir setzen uns auf EU-Ebene dafür ein, dass sie darüber hinaus eine Anreizkomponente für umwelt-, natur-, klima- und tiergerechtes Wirtschaften erhalten.

Wasser

1. Die geltenden Vorgaben der EG Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) unangetastet zu lassen und dafür zu sorgen, dass die Umsetzung auch zum Schutz der Biodiversität im Grundwasser, in Oberflächengewässern und in weiteren wasserabhängigen Lebensräumen wirksamer und nachprüfbarer als bisher erfolgt.

Die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie dürfen nicht an den schlechten Zustand unserer Gewässer in Europa angepasst werden. Im Gegenteil: Oberste Priorität muss weiterhin das Erreichen eines chemisch und ökologisch guten Zustandes unserer Flüsse, Seen und unseres Grundwassers haben. Seit Jahren werden auch in Deutschland wirksame Maßnahmen wie ein umweltverträgliches Düng- oder Pestizidrecht verschleppt. Diese gesundheitsgefährdende Politik darf nicht mit einer Aufweichung unserer gewässerschutzrechtlichen Vorschriften belohnt werden.

2. Die Einhaltung der WRRL-Vorgaben als Cross Compliance-Kriterium in der Agrarförderungspolitik aufzunehmen.

Die industrielle Agrarwirtschaft ist eine der größten Gefahren für unsere Gewässer und insbesondere unser Trinkwasser. Ob Nitrat, Pestizide, Biozide oder andere Stoffe – wir brauchen eine grundlegende Umgestaltung unserer Landwirtschaft. Ein wichtiger Schritt kann dabei zumindest die Aufnahme der Einhaltung der Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie als Cross Compliance-Kriterium in der Agrarförderungspolitik sein.

3. EU-weite verbindliche Umweltqualitätsnormen für alle relevanten Biozide, Pestizide und (Tier-) Arzneimittel festzulegen und die Ergebnisse des Gewässer-Monitorings bei Stoffzulassungen konsequenter zu berücksichtigen.

Zulassungsverfahren für Arzneimittel, Pestizide und Biozide in Deutschland und Europa müssen so geändert werden, dass bei der Risikobewertung kurzzeitig hohe Eintragsmengen in der Folge von Niederschlägen berücksichtigt werden sowie auch die chronischen Auswirkungen der Wirkstoffe auf Umwelt und Gewässer umfassend geprüft werden. Darüber hinaus unterstützen wir die Forderung nach einer Festlegung von EU-weiten verbindlichen Umweltqualitätsnormen für alle relevanten Biozide, Pestizide und (Tier-) Arzneimittel und nach einer konsequenteren Berücksichtigung der Ergebnisse des Gewässer-Monitorings bei Stoffzulassungen insgesamt. Unsere aktuellsten Forderungen zum Thema Wasser finden sich in unseren Anträgen „Wasser muss sauber und bezahlbar bleiben“ sowie „Grundwasser schützen, Überdüngung stoppen“ (<https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/086/1908649.pdf>; <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/099/1909959.pdf>).